

SoVD warnt vor Folgen des Fiskalpakts für Kommunen und Sicherungssysteme

Neue Sozialkürzungen drohen

Fortsetzung von Seite 1

Schuldenbremse ausdrücklich die Kommunen und die Sozialversicherungen ein.

Spardruck hat Folgen für die Sozialversicherungen

„Wer weiß, dass der Bund die Sozialsysteme mit Steuern bezuschusst, kann sich die Folgen des Spardrucks auf die Krankenversicherung, die Renten- und Arbeitslosenversicherung und den Bereich der Pflege vorstellen“, zeigte sich Adolf Bauer vor den Journalisten besorgt. „In Südeuropa sehen wir jetzt bereits, wie sich der Fiskalpakt auswirkt. Wir sind nicht daran interessiert, unsere sozialen Standards absinken zu lassen.“

Auch in Deutschland hat der Bund bereits Zuschüsse aus Steuermitteln zurückgefahren. So wurden beispielsweise im vergangenen Jahr zwei Milliarden Euro beim Gesundheitsfonds gestrichen.

Unter Druck geraten zudem die Kommunen, die mit einer Verschuldung von derzeit 130 Milliarden Euro bereits jetzt an ihren Leistungsgrenzen sind. „Einsparungen sind hier vor allem bei den so genannten freiwilligen Leistungen zu befürchten, so etwa in sozialen Einrichtungen“, machte Ursula Engelen-Kefer, die im SoVD den Arbeitskreis Sozialversicherung leitet, gemeinsam mit dem SoVD-Präsidenten deutlich.

SoVD-Expertengespräch zu den Folgen des Fiskalpakts

Die drohenden Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen waren bereits im Sommer des letzten Jahres Thema eines hochkarätig besetzten Expertengesprächs in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle. Dabei kamen auch die aktuellen Überlegungen der EU-Kommission zu einer umfassenden



Fotos (3): Mike Minehan

SoVD-Präsident Adolf Bauer und Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherungen im SoVD, erläutern die möglichen sozialen Folgen des Fiskalpakts.

Revidierung des Mehrwertsteuersystems zur Sprache.

Der Verband fordert zur Verhinderung weiterer Einschnitte unter anderem eine veränderte und gerechtere Verteilung der Abgabenlast (siehe Interview weiter unten).

Im Sinne der Interessenvertretung seiner Mitglieder wird sich der SoVD weiterhin mit Nachdruck für die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und der kommunalen Leistungen stark machen. *veo*



Interview

Die Abgabenlast gerechter verteilen

Der SoVD hat ein Positionspapier zu den Auswirkungen des Fiskalpakts auf die sozialen Sicherungssysteme vorgelegt. Darin kommt die Sorge zum Ausdruck, dass die Politik den Fiskalpakt als Vorwand nutzt, um soziale Rechte und Standards abzubauen. SoVD-Präsident Adolf Bauer und Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung im SoVD, fordern stattdessen eine gerechte Verteilung der Abgabenlast. Lesen Sie dazu das nachfolgende Interview.

Der Bund zahlt erhebliche Steuerzuschüsse an die Sozialversicherung. Wie wirken sich die Kürzungen aus?

Adolf Bauer: Die Kürzungen haben schwerwiegende Folgen für die Sozialsysteme. Denn überall dort, wo diese bisher mit Steuern bezuschusst werden drohen Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen. Beim Gesundheitsfonds ist dies bereits geschehen. Dort wurde der Steuerzuschuss um zwei Milliarden Euro gekürzt.

Ähnlich erging es der Bundesagentur für Arbeit. Ihr fehlen inzwischen 16 Milliarden Euro bei der Arbeitsmarktpolitik.

Welche Folge hat das Spardiktat auf die hohe Zahl der arbeitslosen jungen Menschen in der EU?

Ursula Engelen-Kefer: Wir haben in der EU eine hohe Arbeitslosigkeit mit etwa 12 Prozent, bei jungen Menschen ist sie sogar doppelt so hoch. Etwa ein Viertel von ihnen ist weder in Ausbildung oder Arbeit; in Griechenland und Spanien sind es bereits über die Hälfte.

Immer mehr sehen sich ge-

zwungen, ihr Land zu verlassen und auch bei uns nach Arbeit zu suchen. Die EU muss ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erhöhen, vor allem durch die Förderung von Arbeit und Berufsausbildung.

Wie schätzen Sie das Vorhaben ein, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu reformieren?

Ursula Engelen-Kefer: Die bekannten Pläne zur Übernahme der Ausgaben mit etwa 14 Mrd. Euro von den Kommunen auf den Bund soll zu Kosteneinsparungen führen. Betroffen wären vor allem die Wahlleistungen sowie Zugang und



Ursula Engelen-Kefer



Adolf Bauer

Bedingungen in den Werkstätten. Damit hat sich die Bundesregierung die Zustimmung der Bundesländer im Bundesrat zum EU-Fiskalpakt erkaufte. Erforderlich ist eine Reform der Eingliederungshilfe unter Berücksichtigung sozialer Ziele und der Verbesserung von Leistungen.

Was bedeuten die Sparpläne für die Rentenkassen?

Adolf Bauer: Im schlimmsten Fall drohen Leistungskürzungen. Denn der gesetzlich festgelegte Abbau der Nachhaltigkeitsrücklage kann zum Überschreiten des Grenzwertes der im Fiskalpakt festgelegten Schuldenbremse führen.

Sie fordern eine veränderte Verteilung der Abgabenlast. Wie soll das konkret aussehen?

Adolf Bauer: Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht. Sie muss eine gerechte Verteilung der Abgabenlast gewährleisten. Erforderlich sind höhere staatliche Einnahmen.

Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftsteuer gehören dazu ebenso wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Zudem muss die Besteuerung hoher und höchster Einkommen angehoben werden.

Welche Folge hätte eine Streichung der Mehrwertsteuerbefreiung für öffentliche Einrichtungen?

Engelen-Kefer: Sie hätte besonders negative Folgen für die Sozialversicherung. Geschätzt werden zusätzliche Steuern von 34 Mrd. Euro. Darüber hinaus könnten auch gemeinnützige Einrichtungen und ehrenamtliche Tätigkeiten belastet werden. Dies könnte auch den Sozialverband Deutschland hart treffen. Derartige Pläne der EU müssen verhindert werden. *veo*

Inhalte des Fiskalpaktes

Der Fiskalpakt wurde im März 2012 auf europäischer Ebene unterzeichnet. Im Juni 2012 wurden Eckpunkte zur nationalen Umsetzung von Bundesrat und Bundestag angenommen. Ein gutes Jahr später, im Juli 2013, wurde das Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung verabschiedet.

Verbindliche Schuldenbremsen

Der Fiskalpakt ist eine Antwort auf die hohen Staatsschulden in Europa infolge der Bankenrettungen. Mit Schuldenbremsen wurde festgeschrieben, dass das strukturelle Defizit 0,5 Prozent der Wirtschaftskraft nicht übersteigen darf. Dies gilt, so lange der öffentliche Schuldenstand nicht unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt.

Harte Sanktionen bei Nichteinhaltung

Im Falle von Abweichungen sind die Vertragsstaaten zur Einführung automatischer Korrekturmechanismen verpflichtet. Strafzahlungen drohen; Pläne zu Ausgabenkürzungen müssen vorgelegt werden.

Fokussierung auf das Einsparen von Ausgaben

In Deutschland und in den anderen EU-Mitgliedsstaaten konzentrieren sich die Ziele des ab 1. Januar 2014 geltenden Fiskalpakts auf das Einsparen von Ausgaben statt auf die Verbesserung der Einnahmenseite. Den kommunalen Finanzen kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu.

Einschnitte bei Sozialversicherungen

Einschnitte bei Kommunen und Sozialversicherungen sind zu befürchten. Denn die einzelnen Sozialversicherungszweige erhalten neben den Versichertenbeiträgen auch Steuerzuschüsse. Infolge der Sparvorgaben sind erste Schritte zu Lasten der Versicherten bereits erfolgt.



Die Positionen des SoVD zu den Auswirkungen des Fiskalpakts finden Sie auf unserer Homepage zum Download unter: www.sovd.de/fiskalpakt.